

Schweiz

Das Ideal der 2-Kind-Familie

90 Prozent der jungen Frauen und Männer in der Schweiz möchten mindestens zwei Kinder.

Markus Brotschi
Bern

Das Ideal der 2-Kind-Familie ist in der Schweiz nach wie vor stark verankert. Dies zeigt eine Umfrage des Bundesamtes für Statistik (BFS) unter 17 000 Personen. Fast zwei Drittel der kinderlosen Frauen und Männer im Alter von 20 bis 29 Jahren wünschen sich zwei Kinder, über ein Viertel möchte mehr als zwei Kinder. Wie viele der Befragten ihrem Ideal nachleben, lässt sich erst in rund 20 Jahren sagen. Untersucht haben die Statistiker aber, wie viele Kinder heute jene Frauen haben, die am Ende des gebärfähigen Alters angelangt sind.

Zwar lasse sich die Altersgruppe der 50- bis 59-jährigen Frauen nicht direkt mit jener der 20- bis 29-Jährigen vergleichen. Dennoch sieht das BFS im Vergleich der beiden Gruppen Anhaltspunkte dafür, wie weit der Kinderwunsch und die tatsächliche Kinderzahl auseinanderliegen können. Von den heutigen jungen Frauen wünschen sich nur 6 Prozent keine Kinder und weitere 3 Prozent eines. Von den heute 50- bis 59-jährigen Frauen haben 16 Prozent ein Kind und 20 Prozent sind kinderlos geblieben. Auffallend ist, dass 30 Prozent der Frauen mit Hochschulabschluss oder höherer Berufsbildung keine Kinder haben. Von den Frauen mit Berufslehre oder Mittelschulabschluss ohne weiterführende Ausbildung haben nur 17 Prozent kein Kind. Bei den Frauen, die nur über den obligatorischen Schulabschluss verfügen, sind es 13 Prozent.

Kinder trüben Berufsaussichten
Hinweise darauf, warum die tatsächliche Kinderzahl relativ oft hinter der gewünschten Kinderzahl zurückbleibt, geben die Aussagen zu den Konsequenzen einer weiteren Geburt. So gaben 65 Prozent der 20- bis 39-jährigen Frauen an, dass sie durch die Geburt eines weiteren Kindes schlechtere Berufsaussichten befürchten. Bei den Männern machten zwar nur 37 Prozent diese Aussage. Das BFS hält den Anteil allerdings immer noch für beachtlich. Drei Viertel der Männer und Frauen befürchten zudem, dass ein weiteres Kind ihre finanziellen Möglichkeiten einschränkt.

Der wichtigste Faktor beim Entscheid für ein Kind ist bei Männern wie Frauen die Qualität der Partnerschaft. Eine grosse Bedeutung haben auch die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung. Besonders viel Gewicht beim Entscheid für ein weiteres Kind hat dies bei den Frauen mit höherer Bildung. Entscheidender als die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung sind für Männer wie Frauen allerdings ihr Gesundheitszustand und die finanzielle Situation.

Genau 70 Prozent der Eltern lassen ihre Kinder unter 13 Jahren zeitweise familienextern betreuen. Allerdings hat die Kinderbetreuung durch Bekannte und Verwandte nach wie vor eine grössere Bedeutung als kostenpflichtige Betreuungsangebote wie Krippen. In grossen Städten nutzen die Eltern Krippen doppelt so häufig wie auf dem Land. Die Akzeptanz der Berufstätigkeit von Müttern hat sich in den letzten 20 Jahren beträchtlich erhöht. Bei einer BFS-Umfrage von 1995 sagten 50 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer, dass ein Kind im Vorschulalter unter der Berufstätigkeit der Mutter leide. 2013 waren ein Drittel der Frauen und 44 Prozent der Männer dieser Meinung.

Anzeige

Mehr Pfupf mit Bischoff.

Markus Bischoff
in den Regierungsrat.

AL markus-bischoff.ch

Tessiner Parlament für Mindestlohn

Nach den Kantonen Neuenburg und Jura soll auch im Südkanton das Prinzip eines Mindestlohns in die Verfassung geschrieben werden. Das Volk muss der Änderung allerdings noch zustimmen.

Gerhard Lob
Bellinzona

Ein knappes Jahr nach dem Nein zur nationalen Mindestlohninitiative hat der Tessiner Grosse Rat gestern eine kantonale Volksinitiative der Grünen für einen Mindestlohn überraschend gutgeheissen. Demnach wird in der Kantonalverfassung festgeschrieben, «dass jede Person Anrecht auf einen Mindestlohn hat, der einen würdigen Lebensstandard garantiert».

Im Gegensatz zu einem fixen branchenübergreifenden Mindestlohn - zum Beispiel 4000 Franken - soll der Mindestlohn nach Branchen und Tätigkeiten gestaffelt werden. Der Staatsrat legt demnach die Ansätze in einem prozentualen Verhältnis zum landesweiten Medianlohn in der Branche fest. «Ein Sieg! Und jetzt vors Volk!», twitterte der Leader der Tessiner Grünen, Sergio Savoia, nach der Abstimmung - wohlweisend, dass die Vorlage als Verfassungsänderung am 14. Juni noch eine Volksabstimmung überstehen muss. Doch angesichts der politischen Grosswetterlage im Südkanton dürfte dies kein Problem sein. Für die Grünen stellt der gestrige Entscheid bereits ein grosser Erfolg dar, denn die Einführung eines Mindestlohnes ist eine ihrer politischen Kernforderungen. Das kommt ihnen einen Monat vor den Kantonalwahlen gelegen.

Die Spirale durchbrechen

Die Annahme der Initiative im Grossen Rat kam unerwartet, denn die vorbereitende Kommission hatte die Vorlage mehrheitlich zur Ablehnung empfohlen. Doch dank eines Schulterschlusses von Grünen, SP, Lega und dem sozialen Flügel der CVP bildete sich am Ende eine deutliche Ja-Mehrheit, wie das Abstimmungsresultat von 38 Ja bei 27 Nein und 4 Enthaltungen zeigt. Gegen die Initiative votierten die Vertreter von FDP, SVP und ein Teil der CVP.

Umstritten war die Frage, ob ein Mindestlohn wirklich ein geeignetes Mittel gegen Lohndumping und den Zustrom von Grenzgängern darstellt. Der markante Anstieg der Grenzgänger aus Ita-



Auch die Grenzgänger würden vom Mindestlohn profitieren: Stau am Grenzübergang in Ponte Tresa TI. Foto: Gabriele Putzu (Keystone)

Zunahme der Grenzgänger

Die Anzahl der in der Schweiz tätigen Grenzgänger hat 2014 um 8600 Personen (+3,1%) zugenommen. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen (52,4%) hat den Wohnsitz in Frankreich, rund ein Viertel (23,7%) in Italien und ein Fünftel in Deutschland (20,4%). Im Tessin ist der Anteil der Grenzgänger an allen Erwerbstätigen mit 26,2 Prozent am höchsten. Ende 2014 waren 61 593 Grenzgänger im Südkanton tätig. Im vierten Quartal 2014 wurde erstmals eine geringe Abnahme um 1,4 Prozent verzeichnet: Ende Dezember arbeiteten 888 Grenzgänger weniger im Tessin als Ende September 2014. (gl)

lien und die Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte ist im Tessin ein Politikum erster Güte. Mehr als ein Viertel aller Arbeitskräfte im Kanton sind Arbeitspendler aus dem südlichen Nachbarland.

Die Mehrheit im Grossen Rat meinte, dass mit Mindestlöhnen die Spirale sinkender Saläre, die für Einheimische nicht akzeptabel, aber für Grenzgänger immer noch attraktiv sind, durchbrochen werden kann. Für Kritiker schadet diese Massnahme hingegen der Wirtschaft. Und am Ende würden sogar die Grenzgänger von höheren Mindestlöhnen profitieren. Allerdings sprach sich sogar Wirtschaftsdirktorin Laura Sadis (FDP) für die Initiative aus.

Wenig überrascht von der Annahme der Initiative zeigte sich Luca Albertoni, Direktor der Tessiner Wirtschafts- und Handelskammer. Das Tessin befindet sich im Wahlkampf. «Und dann ist es nicht sehr populär, sich gegen einen würdigen Lohn auszusprechen», sagte er gegenüber dem TA. Problematisch ist für Albertoni nicht der Verfassungsgrundsatz an sich, sondern seine Anwendung. Das wisse er aus Gesprächen mit seinen Partnern in den Kantonen Neuenburg und Jura, wo das Prinzip der kantonalen Mindestlöhne bereits durchgesetzt wurde. «Es gibt dort ewige Diskussionen», so Albertoni. Denn wie immer stecke der Teufel im Detail.

ARD entlarvt den Drogenguru von Lüsslingen

Mit versteckter Kamera filmte der TV-Sender eine Sitzung beim umstrittenen Psychiater Samuel Widmer. Ergebnis der Recherche: Widmer setzt verbotene Substanzen ein.

Hugo Stamm

Das neue Sendegerät «Beckmann» auf dem deutschen Sender ARD hat am Montag in einer spektakulären Aktion den Schweizer Psychiater Samuel Widmer des Drogenmissbrauchs überführt. Der Leiter der Kirschblütengemeinschaft in Nennigkofen-Lüsslingen SO behauptet, bei seinen Gruppentherapien die legalen Arzneimittel Ephedrin und Ketamin einzusetzen. Die Sendung entlarvte dies als Schutzbehauptung: Ein Reporter nahm inkognito an einer kollektiven Sitzung teil und schmuggelte die verwendeten Substanzen anschliessend aus dem Zentrum. Die Laboruntersuchungen ergaben, dass es sich um die verbotenen Drogen Meskalin und MDMA handelte.

Damit stützt die Sendung die Recherchen in der TA-Ausgabe vom Montag, die aufgedeckt hatten, dass Widmer jahrzehntelang Drogentherapien mit weit über 1000 Klienten durchführte. Die Staatsanwaltschaft Solothurn hat deswegen ein Strafverfahren gegen Widmer eingeleitet, was letzte Woche eine Polizeiaktion auslöste.

Der ARD-Reporter hat die Drogensitzung mit einer versteckten Kamera gefilmt. Aus rechtlichen Gründen wurden die Gespräche nachgesprochen. Geleitet wurde die «Therapie» von der Ehefrau Widmers, die keine anerkannte Ausbildung als Therapeutin vorweisen kann. Den rund 20 Teilnehmern - die Hälfte

von ihnen Deutsche - wurde gesagt, dass die Einnahme von Ecstasy nicht legal sei. Das Risiko liege aber beim Leitungsteam. Wörtlich: «Wir kommen ins Gefängnis oder haben eine grosse Strafe am Hals, wenn herauskommt, dass wir das machen.» Den Teilnehmern der «Therapie» wurde geraten, bei Anrufen oder in Mails die Drogen nicht zu erwähnen.

«Lebensgefährliche Mischung»

Vor der Einnahme der Drogen mussten die Klienten einen Vertrag unterschreiben. Dieser enthielt einen kuriosen Passus: Sie verpflichteten sich vertraglich, während der Veranstaltung nicht zu sterben. Dann verkündete die Leiterin: «Wir haben gedacht, wir könnten mal Meskalin und MDMA zusammen machen.» Meskalin sei zwar nicht mehr erhältlich, doch «wir haben unsere geheime Schatzkiste, wo wir es ausgegraben haben».

Der Reporter versteckte die beiden Pillen und schmuggelte sie nach draussen, wo der Arzt und Apotheker Hannes Welcker wartete. Die Laboruntersuchung ergab, dass sie tatsächlich MDMA und Meskalin enthielten. Diese Mischung sei «Scharlatanerie und lebensgefährlich», sagte Welcker. Brisant ist auch, dass die Schweizer Klienten die Drogenparty über die Krankenkassen abrechnen können, wie der Reporter erfuhr. Möglich ist dies, weil Widmer, der schon oft als «Sex-Guru» in den Schlagzeilen war, eine Praxis als Psychiater führt. Die deutschen Teilnehmer zahlten 300 Franken in bar.

Ein paar Tage später führte Moderator Reinhold Beckmann ein Interview mit Widmer und seiner Ehefrau Danièle. Die beiden hatten keine Ahnung von der Undercoveraktion und tappten prompt in die Falle. Widmer sagte, bei den Sitzungen würden ausschliesslich Ephedrin und Ketamin eingesetzt. Seine Frau ergänzte,

die Klienten brächten manchmal LSD oder Ecstasy mit. «Das vermuten wir», unterbrach ihr Ehemann sie rasch.

Der Psychiater bestätigte auch Recherchen des TA, wonach er viele Drogentherapeuten ausgebildet hat. Wörtlich: «Da haben wir inzwischen etwa 400 oder noch mehr ausgebildet. Einige davon arbeiten natürlich damit, das läuft alles im Untergrund. Noch viel mehr läuft im Untergrund. Das treibt dann halt die eine oder andere weniger schöne Blüte.» Er könne aber nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Wenn ein Autofahrer einen Unfall verursache, würde man dies auch nicht dem Fahrerlehrer anlasten.



Samuel Widmer
Psychiater

Samuel Widmer sagte gestern gegenüber dem TA, die Recherchemethoden der ARD-Journalisten seien unfair gewesen. «Sie haben uns im Glauben gehalten, sie planten einen positiven Bericht.» Hinterhältig sei auch gewesen, dass sich ein Journalist eingeschlichen und mit versteckter Kamera gefilmt habe. Zum Inhalt des Berichts wollte Samuel Widmer keine Stellungnahme abgeben, er müsse sich zuerst mit seinen Anwälten beraten.

ARD-Beitrag Samuel Widmers umstrittene Drogentherapie
psycholyse.tagesanzeiger.ch

Nachrichten

Strassenverkehr I Kommission für höhere Marge bei Tempokontrollen

Autofahrer, die leicht zu schnell unterwegs sind, dürfen auf etwas mehr Toleranz hoffen: Die Sicherheitsmargen von fix installierten Lasergeräten sollen um 2 km/h angehoben werden. Das empfiehlt die nationalrätliche Verkehrskommission. Damit sollen die Sicherheitsmargen bei nicht mobilen Lasergeräten denjenigen von fix installierten Radargeräten angeglichen werden. Heute wird bei Geschwindigkeiten von bis zu 100 km/h bei fixen Radargeräten eine Sicherheitsmarge von 5 km/h abgezogen, bei fixen Lasergeräten hingegen nur von 3 km/h. Es sei schwer verständlich, weshalb unterschiedliche Sicherheitsmargen gelten sollen, fand die Kommissionsmehrheit. Die Kommission entschied daher mit 13 zu 11 Stimmen, einer parlamentarischen Initiative von Christoph Mörgeli (SVP, ZH) Folge zu geben. (SDA)

Strassenverkehr II Nationalratskommission lehnt «Milchkuhinitiative» ab

Die «Milchkuhinitiative» hat im Parlament einen schweren Stand: Nach dem Ständerat empfiehlt auch die Verkehrskommission des Nationalrats, die Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» abzulehnen. Nach Ansicht der Kommissionsmehrheit würden die Finanzierungsprobleme beim Strassenverkehr durch das Volksbegehren lediglich auf andere Bereiche verlagert, weil dem Bundeshaushalt wegen der Initiative 1,5 Milliarden Franken entgingen. Mit der Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» wollen Automobilimporteure und Strassenverbände erreichen, dass die Einnahmen aus der Mineralölsteuer vollständig dem Strassenverkehr zugute kommen. (SDA)